

Gedanken vor, in und nach der Tagung

der Evangelischen Akademie Loccum

www.loccum.de

vom 2. - 4. November 2009

zum Thema

Bretton Woods reinvented?

Das internationale Währungssystem nach der Krise

Tagungsleitung: Dr. Marcus Schaper

von

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Text 76.5

Anfang Dezember 2009

Randbemerkungen

Keine Schreibbedingungen für den, der nichts mehr werden will	Seite 2
Von der Wirkung des Wortes	„ 2
Wie der Kapitalismus zu retten wäre	„ 5
Literaturhinweis / -splitter	„ 7
Die Treuhandanstalt	„ 9
Obama, die Krankenversicherung und der Sozialismus	„ 11
Henry George und der Verein Neuland	„ 16
Die Ordoliberalen und Die Linken	„ 19
Medien Fragen, wohin fließt der Zins	„ 21
Zitate zum Be- und Nachdenken	„ 25
Rätselhaftes oder Merkwürdiges	„ 27
Zum Schluß Mitteilungen aus dem elektronischen Briefkasten ...	„ 28

Keine Schreibbedingungen für den, der nichts mehr werden will

Für einen Schreiber, der nichts mehr werden will, der mit seinem Schreiben kein Geld verdienen will und der auch nicht schreibt, um zu gefallen, fallen Prüfungsbedingungen, Verleger- oder Redaktionsvorgaben und Rücksichten auf den Lesergeschmack fort. Es gilt dann nur noch, Rücksicht auf die Lesbarkeit des Textes und auf den Anspruch der Wahrhaftigkeit zu nehmen. Eine Verengung oder eine Erweiterung des Themas sind dann einfach Gestaltungselemente und keine Regelverstöße. Manchmal hat die Isolierung eines Gedanken und manchmal die Verknüpfung mehrerer Gedanken einen Vorteil. Sicher ist es von Nutzen, die Person des Schreibers im Text anonym erscheinen zu lassen, wenn es nur um Darlegung der Fakten geht. Ich gebe mich gerne in meinen Texten als Person erkennbar, weil ich durch das Sichtbarmachen meines Ringens mit den Fakten das Interesse der Leser meiner Zeilen für diese wecken möchte. Vergessen dürfen wir nur nicht, daß hinter jedem Text ein oder mehrere Autoren mit ihren Schwächen, Stärken und Wertungen stehen. Auch ein anonymes Autorenkollektiv setzt sich aus konkreten, leibhaften Individuen zusammen. Für den einen Leser sind private Aspekte in einem Text suspekt, für den nächsten wiederum solche, die die Leselust fördern. Mir ist in den letzten Tagen bei der Durchsicht von Texten oder Beschreibung von Handlungen bekannter Persönlichkeiten die Frage gekommen, ob Erwachsene bei ihren öffentlichen Äußerungen, Auftritten und Handlungen überhaupt eine freie Wahl des Stiles und des Inhaltes haben, denn vieles scheint schon in den genetischen Anlagen und in der Kinderstube angelegt oder programmiert zu sein.

Von der Wirkung des Wortes

In der Wochenzeitschrift DIE ZEIT vom 19. November 09 in der Rubrik „Politik“ ist unter dem Titel „*Schreiben bedeutet Widerstand*“ die Dankesrede von Roberto Saviano, der vor drei Jahren sein Buch >Gomorrha< veröffentlichte und jetzt den *Geschwister-Scholl-Preis* verliehen bekommen hat. Ich will einige Passagen wiedergeben, die mich besonders beeindruckt haben.

...

Während ich diese Rede schreibe, weiß ich, dass womöglich alles, was ich mir zurechtgelegt habe, plötzlich weg sein wird. Dass ich dastehen werde, mit leerem Kopf, das Herz ein bleierner Klumpen in der Brust, die Kehle trocken. Doch zugleich weiß ich, dass ich mir die Namen all jener ins Gedächtnis rufen werde, die sich durch ihre Worte Feinde geschaffen haben. Die Namen all jener, die um ihre Redefreiheit kämpfen und in ständiger Bedrohung leben, weil sie der kriminellen Macht entgegentreten. Ich weiß, dass ich auf

die Kraft jener Literatur vertrauen kann, die es vermag, uns an Orte unvorstellbarster Gräuelp zu führen: nach Auschwitz mit Primo Levi, in die Gulags mit Warlam Schalamow, nach Tschetschenien mit Anna Politkowskaja, die ihr Vermögen, Tschetschenien im Geist und Herzen ihrer Leser zur Weltbürgerschaft zu verhelfen, mit dem Leben bezahlt hat.

Wenn ich daran denke, wie diese Menschen gelebt haben, wie sie gestorben sind und wie unglaublich verletzlich sie waren, empfinde ich eine umso größere Dankbarkeit Ihnen gegenüber, die Sie mich mit diesem Preis mehr beschützen als jede bewaffnete Eskorte. Wenn jemand für seine Worte stirbt, dann deshalb, weil diese Worte die Ohren, Augen und Herzen der Menschen kaum erreichen.

Denn was sonst gewährt den gefährlichen Worten und ihren Verfassern Schutz, wenn nicht die Aufmerksamkeit der Menschen, der Leser.

...

Leser können nach Unterhaltung oder nach Erkenntnis suchen, sie können sich der schillerndsten Fantasie hingeben oder der Schilderung einer grausamen, harten Wirklichkeit folgen, manchmal sogar alles gleichzeitig. Doch sie sind in der Lage zu wählen und zu differenzieren. Wenn ein Schriftsteller dies nicht begreift, wenn er nicht mehr daran glaubt, dass die Flasche, die er ins Meer wirft, in die Hände eines Menschen gelangt, der bereit ist, ihm zuzuhören, wenn er damit bricht, bricht er nicht nur mit dem Schreiben und Veröffentlichen, sondern auch mit der Überzeugung, dass seine Worte etwas mitteilen und erreichen können. Er tut sich selbst sowie all jenen Unrecht, die ihm vorangegangen sind.

...

Diese jungen Menschen, die für ihre Idee von Frieden gestorben sind, haben mit wenigen verfügbaren Mitteln, mit dem geschriebenen und gesprochenen Wort, das ganze deutsche Volk erlöst. Entgegen der maßlosen Nazi-propaganda und ihren Indoktrinationsmethoden.

...

Schreiben, nicht auf meine Worte zu verzichten, hieß für mich, mich nicht zu verlieren. Nicht aufzugeben. Nicht zu verzweifeln, selbst als alles mich in die Verzweiflung und Einsamkeit trieb.

Schreiben bedeutet, der Welt ein Wort aufzuprägen, es weiterzugeben wie einen Zettel mit geheimen Informationen, den man lesen, auswendig lernen und vernichten muss: zerknüllen, einspeicheln, im Magen verdauen.
Schreiben bedeutet Widerstand.

Wenn ich also zurückblicke, sind meine Worte das Einzige, was ich sehe und in dem ich mich wiedererkenne.

...

Meine schlimmste Angst ist nicht die so häufig verteufelte Überpräsenz, sondern dass es den Schmähern gelingen könnte, mich zu diffamieren, meine Glaubwürdigkeit zu untergraben und all das durch den Dreck zu ziehen, wofür ich mich eingesetzt und bezahlt habe. So haben sie es mit allen getan,

die sich trauten, zu reden und die Dinge beim Namen zu nennen; so haben sie es mit Anna Politkowskaja versucht.

In all diesen Jahren ist mir ein erschreckend wahrer Satz immer wieder durch den Kopf gegangen: «Es werden mehr Tränen über erhörte Gebete vergossen als über nicht erhörte.» Wenn ich einen Traum hatte, dann den, mit meinen Worten etwas zu erreichen, zu beweisen, dass das literarische Wort noch immer gewichtig und stark genug ist, die Wirklichkeit zu verändern. Allem Durchlebten zum Trotz ist mein «Gebet» dank meiner Leser und dank derer, die meine Arbeit würdigen, erhört worden.

Hätten die zahllosen Schriftsteller, Journalisten und Aktivisten, die für ihre Ideen, Worte und Werke gestorben sind, die Möglichkeit gehabt, an die Öffentlichkeit zu dringen, wäre ihre und womöglich auch unsere Geschichte anders verlaufen. Wer schreibt, filmt und redet, wird einzig durch die Augen der Leser geschützt. Sie sind die Wächter des Wortes, die entscheiden, was verinnerlicht und weitergetragen wird. Das dürfen wir nicht vergessen. Das ist es, was mir in den Sinn kommt, wenn ich an das Motto der Weißen Rose denke: Harter Geist und weiches Herz.

Ich kann die Aussagen von Roberto Saviano, der mit seinen Wortgestaltungen auf Verbrecherjagd geht - und dafür in dem Untergrund leben muß – gut verstehen. Das Nichtbeachten, das Verschmähen, Verleumden, aber auch den schützenden Zuspruch habe ich im kleineren Rahmen selber erfahren. Im Sommer 1975 wurde ich gebeten, bei einer Dichterlesung mitzumachen. Ich sagte zu, in der Annahme, meine technische Hilfe sei gefragt. Es stellte sich heraus, daß man von mir Worte wollte. Ich schrieb dann damals und las auf einem Schiff auf dem Maschsee in Hannover (holperig) u. a. vor:

Als ich zu den Stummen zählte, war mein sehnlichster Wunsch,
musizieren oder dichten zu können.
Trösten und heilen wollte ich Euch und mich in einer kaputten Welt.
Mühsam lernte ich schreiben, nicht das Dichten.
Die Welt müssen wir ändern, so dachte ich.
Viele volle Schreibmaschinenseiten wurden an langen Abenden geboren.
Ein stummes Echo war der Lohn.
Wie ist es Euch ergangen? Berichtet!

Unmündig war ich.
Ohnmächtig bin ich.
Kommt die Weisheit vor oder nach der Resignation?

Dem Heil der Welt habe ich mich verschrieben.
Diene ich dadurch der Hölle?

Sprache ist eine absolute Mangelware in Situationen,

in denen menschliche Beziehungen verdursten, weil die
Worte fehlen.

Ein Paradoxon unserer Tage ist, daß wir zuviel und
zuwenig sprechen und schreiben.

Es gibt nicht nur eine Inflation des Geldes.

Sprache ist ein Transportmittel von Gefühlen und Wahrnehmungen, wehrt
Euch gegen den Monopolanspruch der Wortgelehrten.

Man sieht, das Wort, seine Wirkung und seine Monopolisierung haben mich schon damals beschäftigt. So wichtig das richtige Wort zur richtigen Zeit am richtigen Ort ist. Wir dürfen die Wirkung des falschen Wortes am wirksamen Ort in einer verwirrten Zeit nicht vergessen. Alle Unterdrücker dieser Welt benutzen nicht nur die Peitsche, sondern auch das Wort als Instrument zur Unterdrückung der Menschen und ihre Worte. Es ist auch das falsche Wort, einem Dieb zu sagen, er sei ein Dieb, wenn ihm nur der Diebstahl sein Überleben sichert. Wenn wir eine Bibliothek aufsuchen, dann rauscht der Raum von unhörbaren aber konkret anwesenden Widersprüchen der unterschiedlichen Worte. Wenn ich glaube, ein wahrhaftes Wort zu schreiben; wer garantiert mir, daß ich keinem Irrtum aufsitze. Aber es ist auch wahr, daß uns der Nationalsozialismus erspart geblieben wäre, wenn sich vorher die richtigen ökonomischen Worte hätten Gehör verschaffen können. Das Wort ist verdammt wichtig, doch manchmal ist ein Händedruck, eine Umarmung wesentlich mehr.

Wie der Kapitalismus zu retten wäre

Damit ich die Textauszüge von Roberto Savianos Artikel nicht abtippen mußte, habe ich nach der digitalen Ausgabe der ZEIT-Ausgabe im Netz gesucht, dabei stieß ich auf die Besprechung des Buches „Nach der Krise – Gibt es einen anderen Kapitalismus?“ von Roger de Weck. Mir fallen dabei zwei Dinge auf. Da es nur zwei reine Formen der Wirtschaftsordnungen gibt, die Marktwirtschaft und die Zentralverwaltungswirtschaft und der Kapitalismus ein Überlagerungsprinzip ist, das Einkommen aus Leistung (Arbeit) in Einkommen aus Nichtleistung (arbeitsloses Einkommen) transformiert, kann man aus der Überschrift nicht ersehen, was der Autor eigentlich sucht: Einen Privatkapitalismus, einen Staatskapitalismus oder eine Mischform; eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, eine Zentralverwaltungswirtschaft ohne Kapitalismus oder eine Mischform. In jedem Fall geht es dem Autor

wohl um die Suche nach einer Wirtschaftsordnung – in der die internationale Währungsordnung eine Teilordnung ist - , die den Menschen und der Natur besser bekommt. Und da die Entdeckung neuer Wege zu besseren ökonomischen Ordnungen wichtiger sind als die Entdeckung neuer Sterne, sollten wir die Suchmethoden und ihre Ergebnisse aufmerksam verfolgen. In der Buchbesprechung von DIE ZEIT Nr. 48 / 2009 heißt es in der Onlinausgabe u.a.:

Der Schweizer Publizist Roger de Weck sucht nach Alternativen zu einem Wirtschaftssystem, das von Grund auf marode ist.

Roger de Weck war einmal Chefredakteur der *ZEIT* und ist heute ein europaweit gehörter Autor und Sozialwissenschaftler. Der Schweizer hat nun ein Buch über den Kapitalismus geschrieben, dessen Inhalt Oskar Lafontaine unterschreiben könnte.

Wie konnte das geschehen?

Tatsächlich will der bekennende Liberale den Kapitalismus retten. Bloß reichten dazu keine Reformen im System, nein, das System selbst sei marode, erklärt de Weck. Und die große Finanzkrise sei der Auslöser, um nach einem »anderen Kapitalismus« zu suchen.

...

Das »andere« System müsste im Süden wie im Norden, in der Unter- wie in der Oberschicht ein langes und menschenwürdiges Leben ermöglichen, erklärt der Autor mit den Worten des Harvard-Philosophen und Ökonomen Amartya Sen. Es wäre ein System, in dem neben Kapital und Arbeit auch der Staat als Produktionsfaktor ernst genommen würde. Schließlich entscheidet seine Qualität im heutigen Mischsystem maßgeblich über den Wohlstand mit.

Also macht sich de Weck auf die Suche, und das vor allem in der Vergangenheit. Er zeigt, wie mit der berechtigten Kritik am staatlichen Intervenieren auch das Regulieren unter die Räder kam. Doch Regulieren ist nichts anderes, als dem Markt die notwendige Ordnung zu geben, mithin im Sinne einer stabilen Wohlstandswirtschaft. Stattdessen wurde aber erst dereguliert – und dann in der großen Finanzkrise so massiv interveniert wie kaum je zuvor. Das gilt es künftig grundlegend zu ändern: Regulieren, um das Intervenieren zu vermeiden.

...

Ein Leserkommentar dazu:

Liebe ZeOn: Falls Sie wirklich daran interessiert sind, innovative Lösungsansätze für ein nachhaltiges und stabiles System zu publizieren, dann lesen sie die Ideen und Erläuterungen von Herrn Bernd Senf und berichten darüber. Denn was der Schweizer da von sich gibt ist auch nicht mehr als ein bloßes Tasten, geschmückt mit einer Menge Polemik.

Nur Mut!

Literaturhinweis / -splitter

Im Text 76.2 habe ich auf den verstorbenen Redakteur der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung verwiesen. Ich habe überlegt, ob ich aus seinem Buch ein passendes Zitat bringe. Mir fiel aber der Titel nicht ein und das Buch fand ich auch nicht, dafür fiel mein Blick auf den Titel „Bankpolitik heute und morgen – Ein Gutachten von Dr. Wolfgang Stützel“ im Auftrag des Bundeswirtschaftsministers. Das Buch wurde 1964 veröffentlicht. Wer ernsthaft über neue Rahmenbedingungen für die Geschäftsbanken nachdenkt, sollte den Inhalt des Buches – wenigstens als Ausgangsthese – zur Kenntnis nehmen und die Wirkungsgeschichte dieses Gutachtens überprüfen. Mir selbst war der Titel gar nicht geläufig. Ich vermute, daß ich den Titel auf einem Bücherflohmarkt erworben habe.

Bei der Einschätzung der Bedeutung der Währung in der Zeitschrift „Währung und Wirtschaft ...“ (im Text 76.3) war mir eine Äußerung von Silvio Gesell eingefallen, die da in etwa lautet: Ohne Kenntnisnahme der Währungsprobleme und ihre Lösungen durch das Volk bleibt die Demokratie ein Wunschtraum. Ich habe in dem Büchlein „An die Überlebenden – Gedanken von Silvio Gesell“, herausgegeben von Friedrich Salzman, Schweiz, 1945. Dort stehen viele kluge Sprüche, aber mein gesuchtes Zitat fand ich nicht. Das zweite von den drei nachfolgenden Zitaten kommt meiner Erinnerung nahe. Das dritte Zitat zeigt, daß Gesell auch kein blinder Befürworter von Privatisierungen war. Da, wo er die Bürgerfreiheit durch den Staat gefährdet sah, also wo heute noch kommunistische Verhältnisse herrschen, im Bildungsbereich, war er für privatrechtliche Strukturen. Monopole im Verkehrswesen sollten die Domäne des Staates bleiben. Beim Geld taucht dann die Frage auf, ob es hier nur eine Monopollösung geben kann oder ob es auch in einer Volkswirtschaft konkurrierende Währungen geben kann, wie zum Beispiel Friedrich August von Hayek meint. Bei der Bahn hat Gesell vermutlich nicht bedacht, daß das Monopol der Gleiskörper mit den Bahnhöfen von dem Verkehr mit konkurrierenden Anbietern getrennt werden kann.

Die Währung hält den Staat zusammen oder sprengt ihn — je nachdem. Wird hier gepusht, so löst er sich in kleinste Teile auf, in Atome, die sich gegenseitig abstoßen. Stadt gegen Land, Beruf gegen Beruf, Volkstamm gegen Volkstamm, Norden gegen Süden, Gläubiger gegen Schuldner, Festbesoldete gegen Lohnarbeiter, bis schließlich Arbeiterbataillone gegen Arbeiterbataillone marschieren.

- S 63 -

Demokratie wird Plutokratie sein und bleiben, bis wir die wirtschaftlichen Grundlagen für eine wahre Demokratie geschaffen haben. Und alle Revolutionen und Putsche werden nichts daran ändern können. Denn auch noch die Revolution steckt derjenige in den Sack, der Geld hat, der mehr Geld hat als die andern. Mit bestechlichen Menschen kann man keine Revolution zum siegreichen Ende führen. Und bestechlich sind alle, die hungrig sind, die die Kostbarkeiten dieser Erde immer nur von außen betrachtet haben und nie durch praktische Erfahrung zur Erkenntnis der inneren Hohlheit dieser Schätze kommen konnten.

- S. 103 -

Die Verkehrsmittel — Straßen, Eisenbahnen, Post, Geld —, das ist die Domäne des Staates. Alles übrige ist auch nicht im Interesse des Volkes dem Staate aufgebürdet worden, sondern im Interesse der herrschenden Klasse. Hat der Staat einen Gott, eine Seele, einen Geist? Was braucht er also Kirche, Schule, Universität?

Die Aufsicht über Schule und Kirche haben die weit-schauenden Staatsmänner immer als das wichtigste Amt ihrer Staatsleitung bezeichnet. Lehrer, Geistliche, Geschichtsschreiber werden am Zaunpfahl auf ihre Pflichten vereidigt.

- S. 34 -

Zwischendurch war ich mit meiner Frau in Gundelfingen. Während ich mir Gedanken machte über das Walter-Eucken-Institut in Freiburg wurde mir ein kleines Buch mit dem Titel „Tagebuch aus Frankreich“ auf den Tisch gelegt mit dem Hinweis, ich solle mal versuchen, etwas Nazihaftes zu entdecken. Das Buch ist nämlich 1941 erschienen. Es stammt von einem Walter Bauer, der offensichtlich mit Tagebuchnotizen, fremden und eigenen Gedichten versuchte, sein Soldatenleben durchzustehen. Ob der Autor den Krieg überlebt hat, weiß ich nicht. Die Texte sind versöhnlich geschrieben. Ich habe kein böses Wort über den „Feind“ gelesen. Es wird eine Szene auf einem Friedhof beschrieben, wo das jugendliche Alter von gefallenem deutschen und französischen Soldaten verglichen wird. Wenn das Buch 1941 geschrieben, gedruckt und gelesen wurde, dann ist das ein Zeichen mehr, daß die deutsche Generation von damals nicht so generell blutrünstig war, wie sie häufig dargestellt wird. Dann las ich an einer Stelle: „Die Toten helfen den Lebenden.“ ... „Der Streit der Völker hatte hier keine Statt mehr.“ Das

deute ich so, daß man aus den geschichtlichen Ereignissen, die zum Massenhaften Tod geführt haben, lernen kann. Ist das wirklich der Fall? Viel Druckerschwärze und Papier wurde verbraucht, um die Scheußlichkeiten des Nationalsozialismus zu beschreiben. Und dann will man glauben machen, daß die Nationalsozialisten an die Macht gekommen wären, weil die Deutschen so nationalistisch, rassistisch und antisemitisch gewesen wären. Dabei gibt es keine Hinweise, daß diese Eigenschaften bei den Deutschen stärker ausgeprägt waren als bei den Mitglieder anderer westlicher Gesellschaften. Der Pfusch der Wirtschaftswissenschaft und der Politik der Demokraten, die den Bankrott der Weimarer Republik verursacht haben, wird nicht oder nur unzureichend aufgearbeitet. Es ist ja auch bequemer, die Meinungsfreiheit Andersdenkender zu unterdrücken, anstatt einen besseren Gedanken entgegensetzen, vor allem wenn man die Schwäche der eigenen polit-ökonomischen Position vertuschen kann. Dann folgt an anderer Stelle von Walter Bauer der Satz: „Die Toten geben keine Antwort, man muß selber zusehen, was man aus dem Tode macht, damit man nicht bange ist, nicht zu sehr, wenn er kommt.“

Und immer noch sind die Ökonomen die Totengräber erster und gutbezahlter Klasse.

Die Treuhandanstalt

Am 18. November 09 berichtete die HAZ unter dem Titel „Kühl, verhasst – und doch Mensch“ über den Film „Die Treuhänderin“, der am 20. November im ARD-Fernsehen ausgestrahlt würde. Ich habe den Artikel gelesen und den Film angeschaut und mit Erinnerungen an Medienberichte aus ihrer Niedersächsische Zeit verknüpft. Auch nach meinem Urteil ist Birgit Breul eine starke, beeindruckende Frau und mutig dazu, weil sie praktisch ohne eingespielten Apparat und ohne durchdachtes Konzept die Abwicklung der DDR-Wirtschaft übernommen und durchgeführt hat. Mein Eindruck ist, daß die Art der Durchführung ihres Auftrages durch ihre Erziehung und von der ihr vermittelten Vorstellung, was Marktwirtschaft ist, vorgegeben war. Mir ist nicht klar geworden, ob ihr auch frühzeitig oder überhaupt klar war, daß sie die politische Schmutzarbeit für die CDU gemacht hat. Aber offensichtlich hat sie unter ihrem eigenen Wirken gelitten und leidet darunter noch. Wenn der Ehemann Ernst Breuel sagt: „Bis 1989 war meine Frau eine zupackende, selbstsichere und fröhliche Person' ... danach habe sie

'nicht mal mehr gelächelt', dann kann man das nicht nur auf den Tod eines Sohnes zurückführen, sondern es deutet auf das Erleiden einer Kombination von erlittenem Unrecht und getätigtem Unrecht hin. Das Schlimme ist, daß die Abwicklung der DDR-Wirtschaft der marktwirtschaftlichen Ordnung angelastet wird, obwohl diese nicht als Rechtfertigung dienen kann. Die Frage ist hier, in wieweit Frau Breuel das Unrecht, das durch die Art der Abwicklung geschah, angelastet werden kann, für das Kollektiv bestehend aus Exekutive, Legislative, Wirtschaftswissenschaft und politische Parteien die Verantwortung (leider ohne Haftung) tragen. Wir müssen uns darüber klar bleiben, die politische Kaste hat im Vereinigungsprozeß der deutschen Republiken nicht nur demokratische Prinzipien und das Grundgesetz verraten, sondern auch ein gesetzlich abgesichertes Wirtschaftsverbrechen begangen. Das Vermögen der DDR-Bürger steckte in den staatlichen Betrieben. Diese wurden verramscht und die Kosten wurde in der Hauptsache den westdeutschen Arbeitnehmern aufgeschultert. Anstatt die Situation zu nutzen, um beide Wirtschaften auf einen modernen Stand zu bringen – besonders in Bezug auf das Bodenrecht – wurde das Eigentum der DDR Bewohner verschleudert und ihnen wurde suggeriert, daß, was aus dem Westen zu ihnen kommt, sei das Modernste, was es gäbe, obwohl ersichtlich war, daß die BRD-Strukturen und -Institutionen einer Generalüberholung bedurften. Um das Unrecht wenigstens zum Teil sichtbar zu machen, sollte in einer Dokumentation klargestellt werden, wer im Vereinigungsprozeß entreichert und wer bereichert wurde. Soweit es sich um Grundstücke handelt, braucht man ja nur die damaligen Übergabepreise mit den heutigen Grundstückswerten vergleichen.

In der Online-Ausgabe der Süddeutschen Zeitung ist zu dem Film zu lesen:

Birgit Breuel ist der neoliberalen Ideologie hörig, die da lautet, der Markt werde es schon richten. Die Praxis der Treuhand-Arbeit bewies das Gegenteil. Aber Frau Breuel verfügt über ein gutes Selbstbewusstsein und ist mit ihrer Arbeit zufrieden. Damals erwarb auch der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Albrecht, in dessen Kabinett Breuel jahrelang gesessen hatte, zu äußerst guten Konditionen ein Unternehmen von der Treuhand sowie ein großes, wertvolles Grundstück.

Aber dies wird, wie alles, worüber man gern mehr wüsste, in dem Film nicht thematisiert. Co-Autor Jan Bonny schreibt, der Film sei eine "höchst subjektive Auseinandersetzung mit Birgit Breuel", worunter er und Königstein offenbar verstehen, dass sie auf Breuels politische Tätigkeiten nicht näher eingehen mussten.

<http://www.sueddeutsche.de/kultur/737/495068/text/>

Weitere Links zum Film:

[http://www.ikdb.de/filme/film die treuhaenderin frau und macht.html](http://www.ikdb.de/filme/film_die_treuhaenderin_frau_und_macht.html)

<http://www.evangelisch.de/themen/medien/tv-tipp-des-tages-die-treuhaenderin-ard2076>

Birgit Breuel ist Geschichte und verdient unser Mitleid, weil sie nicht mehr lachen kann. Aber die Vereinigungssünden sind noch keine Geschichte. Wir wissen aus Erfahrung, daß die Diskussion der politischen Sünden mit einer zeitlichen Verzögerung einsetzt, die Jahrzehnte dauern kann. Mich berührt das Thema auch deshalb, weil ich mich noch vor der Vereinigung hingesetzt habe, um zu beschreiben, wie der Wandel von statten gehen könnte. (Siehe „Darauf kommt es an! ...“, Texte 6.1 – 6.3) Die Abwesenheit von ordnungspolitischen Vorstellungen in der Regierung und im Parlament haben sich damals wie heute negativ ausgewirkt.

Obama, die Krankenversicherung und der Sozialismus

Der Begriff Ordnungspolitik ist nicht als Synonym für die Politik mit *Law and Order*, die selbst unter demokratischen Vorzeichen noch etwas Unterdrückerisches hat oder haben kann, zu verstehen, sondern als ein Bemühen, die jeweilige gesellschaftliche Ordnung, deren Teilordnungen und in den Teilordnungen die einzelnen Elemente im Hinblick auf die Abläufe und Ergebnisse zu optimieren. Nach meinem Verständnis geht es dabei nicht nur um die *Teilordnung Wirtschaft*, sondern um die Ordnung (oder System genannt) der ganzen Gesellschaft und zwar unabhängig davon, ob die Menschen sich für eine zentrale oder dezentrale Gesamtordnung entscheiden. Die gegenseitigen Wirkungen und Abhängigkeiten der Teilordnungen werden als Interdependenz benannt. Die Elastizität einer dezentralen Gesamtordnung gegenüber zentralistischen Teilordnungen ist dabei größer als umgekehrt. Die Marktwirtschaft als dezentrales Instrument der Kooperation und Koordination von Einzelplänen kann sich nur voll entfalten in einem dezentralen Gesamtsystem und bietet dem Individuum eine wesentlich größere Autonomie und Freiheit als die Zentralverwaltungswirtschaft. Soviel als Vorbemerkung zu den politischen Auseinandersetzungen um die Krankenversicherung in den USA. Aber während ich die Auszüge des Textes aus dem *Gespräch aus der Ferne* eintippe, vermelden die Medien die Krawalle in Griechenland, die Spannungen im Iran, die Probleme in Afghanistan, neue Selbstmordattentate im Irak, Hunger und Tod in vielen Ländern, die Angst vor dem Islam und die Hoffnungen und den Zweifel zu dem Klimagipfel der 192 Staaten in Kopenhagen. All diese Konflikte und Probleme ließen sich leichter überwinden und auflösen, wenn die beteiligten Menschen sich vorher klar darüber würden, welche Lösungsansätze mit welchen Wirkungen es gibt. Außerdem ist dabei zu bedenken, daß alle Kosten der sozialen Netze letzt-

lich aus dem Arbeitsertrag zu finanzieren sind. Dieses Netz eignet sich nicht, den Kapitalertrag anzuzapfen. Der Kapitalismus ist eine Belastung des Gesundheitssystem, denn jedes Instrument, jedes Bett, jede Praxis muß eine marktübliche Verzinsung abwerfen. Bei einem Zins nahe Null würden die Kosten enorm reduziert und das Einkommen der Versicherten erhöht.

Hans Bremer, der in Deutschland und den USA lebt, berichtet in der Ausgabe Nr. 389 vom Herbst 2009 der Nonprofitzeitschrift *Das Gespräch aus der Ferne* (www.gadf.de) über den politischen Kampf um eine generelle Krankenversicherung in den USA. Der Titel dieses Beitrages lautet „Ein Präsident im Schwitzkasten – im Kulturkrieg Obamas Gesundheitsreform steht nicht nur sein Prestige auf dem Spiel“. Die Auseinandersetzungen um diese Reform haben ruppige Formen angenommen. Den Gegnern der Reform geht es oft nicht um die Widerlegung von vorgetragenen Argumenten, sondern darum, daß die Befürworter ihre Argumente gar nicht vortragen können. Die Befürworter meinen, es geht um die Realisierung einer soziale Großtat, an der schon mehrere Präsidenten gescheitert sind und die Gegner meinen, es ginge um den Sozialismus, den man nicht wolle. Eine deutsche Beobachterin dieser Auseinandersetzungen in den USA berichtete mir, daß die Befürworter wie Gegner auf das deutsche Krankenversicherungssystem verwiesen jeweils als machbar und als gescheitert. Mir geht es hier nicht primär um die Kranken- oder Gesundheitsversicherung, sondern um die vermeidbaren, unnötigen Reibungsverluste in der Politik, das Verkennen von ökonomischen Ursachen und um Lösungen mit einem Zugewinn an individueller Freiheit, um die Vermeidung von Zwangskollektiven. Ich empfehle den Artikel von Hans Bremer insgesamt zu lesen. Ich zitiere hier wenige Passagen, um zu zeigen, daß die Konflikte, die im Bürgerkrieg enden können oder dem Präsidenten Obama die Wiederwahl kosten kann, in dem beide Parteien unter dem jeweils einseitigen Blick Recht haben, in den ordnungspolitischen Schlampereien und in der mangelhaften Analyse des Kapitalismus zu suchen sind. Mit anderen Worten und in der Wiederholung: Die Geschichte der sozialen Konflikte ist die Geschichte des Versagens der Sozialwissenschaften.

Auszüge des oben benannten Artikels von Hans Bremer:

Worum geht es?

Täglich liest man in den Zeitungen über die geplante Gesundheitsreform in Amerika. Genauer sollte es heißen: Krankenversicherungs-Reform. Dabei dreht es sich in der hiesigen Debatte meist gar nicht so sehr um Gesundheit und Versicherung für den Krankheitsfall, sondern um die Angst

vieler Menschen in Amerika vor dem „sozialistischen“, „unamerikanischen“ Präsidenten Obama, die von seinen politischen Gegnern aufgepeitscht wird.

Dadurch geht die Debatte am eigentlichen Thema vorbei und wird unsachlich. Die Intensität der Gefühle, die dabei zum Ausdruck kommen, hat eine unheimliche Seite. Ist das noch das Amerika, das wir kannten und bewunderten? Das Vorbild für Demokratie und Freiheit, das mächtigste Land der Welt, das Land mit den meisten Erfindungen und Nobelpreisen? Hat das Land noch eine andere, dunkle Seite, die wir nicht kannten oder unterschätzten, und die jetzt hervorbricht, ausgelöst durch einen gut gemeinten Reformvorschlag *der Regierung*?

...

1. Die amerikanische Krankenversicherung

Zunächst fragt man sich als Beobachter von aussen: Wie steht es mit der Krankenversicherung in Amerika? Dazu Spiegel-Online (23. Aug. 2009):

>>Tatsächlich sind die Vereinigten Staaten die einzige Nation im Kreis der Industriestaaten, die keine umfassende Gesundheitsversorgung für alle Bürger bieten. Seit 1948 haben sich sechs Präsidenten an dem Versuch verhoven, das System zu reformieren, und heute sind 48 Millionen Amerikaner ohne jede Krankenversicherung. Millionen weitere sind unterversichert, ihnen droht beim kleinsten ungeplanten Leiden nicht nur die medizinische Katastrophe, sondern finanzieller Bankrott.

...<<

2. Kosten der Gesundheitsreform und Vergleich der USA mit anderen Ländern

Dies ist erstaunlich: Obwohl sehr viele Menschen in Amerika keine Krankenversicherung haben und zuzätzlich viele unterversichert sind, geben die Amerikaner mehr Geld für Gesundheit aus als die Menschen anderer Industrienationen. Die Statistik (*The Economist*, Pocket World in Figures, 2009) sagt, dass die USA 15,9 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BPI) für Gesundheitsversorgung (*healthcare*) ausgeben, mehr als in jedem anderen Land; ...

3. Die Gesundheitsdebatte in der Öffentlichkeit: ein Kulturkrieg

In der amerikanischen Öffentlichkeit geht der Streit nicht mehr um Gesundheitsreform, sondern artet zu einer Kampagne gegen den Feind Obama aus. ...

4. Folgen des Kulturkriegs

Es ist bekannt, dass mächtige Lobbys in Washington die Politik und

Wirtschaft beeinflussen, aber das Ausmaß, das bei der jetzigen Gesundheitsdebatte zum Vorschein gekommen ist, und mit welchen schmutzigen Mitteln und gezielten Lügen sie erfolgreich operieren, war nie so deutlich.

„Obamas Popularitätswerte sind auf unter 50 Prozent eingebrochen, so schnell wie bei nur wenigen Präsidenten vor ihm. George W. Bush, der scheinbar ewige Buhmann, brauchte dafür über drei Jahre“(Gregor Peter Schmilz, Washington; Spiegel Online, 3.Sept.). Damit hat die republikanische Gegenpartei ihr Ziel bereits zur Hälfte erreicht, Obama zu Fall zu bringen, auch wenn eine verwässerte Gesundheitsreform doch noch zustande käme. Die Attacken der Republikaner gegen Obama scheinen nun keine Grenzen mehr zu kennen.

...

Die rechten politischen Organisationen in den USA vereinigen die Interessen bestimmter Industrien, der Finanzwirtschaft, der religiösen Evangelikalen, der Neokonservativen, und der republikanischen Partei miteinander. Durch die Lenkung der Gesundheitsdebatte haben sie jetzt viele Menschen des (weissen) Mittelstandes auf ihre Seite gebracht, Menschen die verunsichert sind, seitdem der Reichtum des Landes durch Wall Street Tricks neu verteilt wurde:

Während eine kleine Gruppe von Reichen superreich geworden ist (statt von Millionären spricht man nur noch von Milliarden), werden die Armen ärmer, und die Mehrheit des Mittelstandes rutscht in die Nähe der Armut mit potentieller Arbeitslosigkeit. Dies ist genau die Entwicklung, die in den 20er Jahren in Deutschland die Nazi-Partei an die Macht brachte, ebenfalls von einer wirtschaftlichen Depression durch Wall Street Exzesse ausgelöst. ...

Da ich mich hier gedanklich in der Abteilung „Randbemerkungen“ bewege, will ich es bei wenigen Hinweisen bewenden lassen. Aber Randbemerkungen heißt nicht, daß die jeweiligen Themen nur am Rande stehen. Vielmehr müssen wir uns vorstellen, die Probleme seien auf einem großen Ring eingraviert. Und je nachdem wie wir den Ring drehen, kommt ein Thema in unseren Fokus, die anderen bleiben bis zur nächsten Drehung am Rande. Vorhanden sind sie immer alle. Zur Situation in Deutschland stieß ich soeben auf folgenden Beitrag:

Studie: Kaum noch Hoffnung für das Gesundheitswesen
Die Angst, im Medizinbetrieb unter die Räder zu kommen, wächst stetig. Dabei haben die Deutschen durchaus Ideen, wie sich das System verbessern ließe.

Von FOCUS-Online-Redakteurin [Catrin Gesellensetter](#)

www.focus.de/finanzen/versicherungen/krankenversicherung/tid-15084/studie-kaum-noch-hoffnung-fuer-das-gesundheitswesen_aid_423348.html

Merksätze:

1. Wir können nicht Autokraten, Diktatoren, Despoten ablehnen oder überwinden wollen, um die individuelle Freiheit von der Demokratie begraben zu lassen. Mehrheitsentscheidungen, die immer eine Unterwerfung einer Minderheit (die ein Umfang bis zu 50 % - eine Stimme

haben können) zur Folge. Mehrheitsentscheidungen müssen, wenn die Demokratie attraktiv bleiben oder werden soll, immer auf das mögliche Minimum heruntergefahren werden. Eine Demokratie, die immerfort große Teile der Gesellschaft zwingt, gegen ihre eigene Überzeugung zu leben, unterscheidet sich nur graduell zu Diktaturen.

2. Die Marktwirtschaft, richtig eingerichtet, ermöglicht allen Menschen durch Arbeitseinkommen ihren Lebensunterhalt zu finanzieren und ihre sozialen Versicherungen nach eigenen Vorstellungen in Bezug auf Umfang und Ausgestaltung zu gestalten. In diesem System ist ein liberaler Sozialismus (Franz Oppenheimer) möglich, der ohne Zwangskollektive auskommt.

Gegenseitige Garantien sind auf dem Solidaritätsprinzip beruhende Verträge, welche nach Proudhons Verständnis eben Tauschverträge sind. Diese funktionieren nach dem Prinzip der gegenseitigen Verantwortlichkeit bzw. der Gesamthaftung, d. h. der Verteilung des Risikos auf alle. ...

Versicherungen (Krankheit, Pflege, Berufsunfähigkeit, Unfall, Alter, Diebstahl, Naturkatastrophen, etc.) können auch über Verträge der Gegenseitigkeit organisiert werden: Jener Tausch ist nicht wertgleich, im Sinne von Arbeitswerten, denn empfangene und gegebene Leistungen fallen immer auseinander. Aber er bleibt ein Tauschakt ausgleichender Gerechtigkeit, als der Leistende den Empfänger für einen unverschuldeten Schaden entschädigt. So ein Tausch durch die gegenseitige Garantie ist ein gleicher, denn Niemand erhält aus einem solchen Tauschvertrag einen Vorteil. ...

Ob der Gegenstand Krankheit, Alterssicherung oder Feuer bildet ist ganz gleich: es braucht für eine Versicherung nie Kapital, wenn sie nach dem Umlageverfahren organisiert (ist).

Aus: Konzept für soziale Gerechtigkeit / Zum Gedenken an den 200. Geburtstag von Pierre-Joseph Proudhon ... von Ferdinand Wenzlaff, in Humane Wirtschaft 06/2009 (www.humane-wirtschaft.de) ohne Hervorhebungen.

Wichtig ist, daß der Bürger in einem freiheitlichen sozialen Netz Subjekt mit haftender Gestaltungsfreiheit wird oder bleibt und nicht Objekt (Spielball) von Sozialpolitikern, Ärzte-, Krankenkassenfunktionären und solcher der Pharmazie-Industrie wird oder bleibt. Es wird vermutlich ein kleiner Rest der Bevölkerung bleiben, der nicht in der Lage ist, sich an einem selbst verantworteten sozialen Netz zu beteiligen und der auch nicht durch das Prinzip der Nächstenliebe aufgefangen wird, für die kann dann immer noch ein staatliches Ersatznetz gestrickt werden.

3. Unter der Herrschaft des Kapitalismus, einem Überlagerungssystem der Marktwirtschaft, das durch künstliche und natürliche Monopole große Teile des Arbeitseinkommens für sich beansprucht hat das soziale Sicherungsnetz in Form von staatlichen Zwangskollektiven eine gewisse Logik für sich. Es ist ja nicht nur so, daß der Kapitalismus die Idee von der Leis-

tungsgesellschaft dadurch sabotiert, daß hier auch Nichtleistung entgolten werden muß, sondern er ist ja auch Ursache der Vermachtung, der Unterbeschäftigung und letztlich immer wiederkehrender Zerstörungen ganzer Gesellschaften. Es ist aber der große und tragische Irrtum der Staatssozialisten, die da glauben, über Zwangsmitgliedschaften und staatliche Umverteilungsprogramme der Ungerechtigkeit des Kapitalismus eine ausgleichende Gerechtigkeit entgegensetzen zu können. In Wirklichkeit wird die Arbeit noch zusätzlich mit den Kosten der bürokratischen Herrschaft belastet.

Wenn die US-Amerikaner also den „Sozialismus“ vermeiden wollen, aber ihren Brügern soziale Geborgenheit in Freiheit geben wollen, dann müssen sie sich daran manchen, den Kapitalismus zu überwinden. Ihr Landsmann Henry George kann da eine Hilfestellung geben. Siehe den nächsten Abschnitt.

Henry George und der Verein Neuland

Einer der großen weltweiten Störfaktoren in den Gesellschaften, die auch als soziale Organisationen gesehen werden können, ist unser Bodenrecht. Adolf Damaschke schreibt in seinem Buch *Die Bodenreform* (zwanzigste Auflage, 1923 auf Seite 392:

Kein Verständiger wird versuchen, die weltgeschichtlichen Ereignisse, in deren Sturm wir stehen, von einem Gesichtspunkt aus restlos zu erklären.

Auch die bodenreformerische Anschauung kann und will das natürlich nicht. Wohl aber vermag sie, oft übersehene und durch überaus wichtige Beiträge zum Verständnis der Zeit zu bieten und entscheidende Lehren aus ihr zu gewinnen.

Ich habe aus diesem Buch (S. 476) schon öfter Konrad Adenauer zitiert, der als Präsident des Preußischen Staatsrats und Oberbürgermeister der Stadt Köln u. a. sagte:

Wir leiden nach meiner tiefsten Überzeugung in der Hauptsache in unserem Volke an der falschen Bodenpolitik der vergangenen Jahrzehnte.

Der Verein für menschengerechte Steuern, CH-Bern (neuland98@yahoo.com / <http://www.progress.org/neuland/>), der die Ideen des us-amerikanischen Bodenreformers Henry George vertritt, hat unter <http://www.progress.org/neuland/heilig.html> eine Arbeit von Bruno Heilig ins Netz gestellt, aus der ich hier Auszüge bringe und die der Leser auf sich wirken lassen sollte, um danach zu dem gesamten Text zu greifen.

Why *The German Republic Fell* erschien zuerst im englischen Magazin *Land & Liberty*.

Warum Die Weimarer Republik fiel

7 Millionen Männer und Frauen (33% der Lohnempfänger) waren arbeitslos, die Mittelklasse verschwunden. Dies war die Situation ein Jahr nach dem Höhepunkt des Wohlstandes. Der Fortschritt, so sicher er schien, hatte in kürzester Zeit eine furchtbare Armut hervorgerufen. Deutschland, scheint mir, ist ein sichtbares Beispiel dafür, dass die private Inanspruchnahme der Bodenrente die fundamentale Ursache aller industrieller Krisen darstellt. Die unabgeschöpfte Bodenrente wirkt sich zum Nachteil derer aus, die in der Produktion der Güter beschäftigt sind. Diese Theorie wird von *Henry George* in seinem Buch *«Fortschritt und Armut»* erklärt. Doch wird sie von Professoren der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften seltsamerweise kaum akzeptiert. Ob aus Unwissenheit, Voreingenommenheit oder gar Befangenheit bleibt deren Selbsturteil überlassen. Ich für meinen Teil kam nicht durch vorheriges theoretisches Studium zur Überzeugung, sondern durch mein eigenes Miterleben der geschilderten Zustände.

...

Die unvermeidliche Wirkung der Armut auf die politische Entwicklung einer demokratischen Regierungsform ist in folgender Textpassage angeführt:

«Wenn man politische Macht in die Hände verbitterter und durch Armut erniedrigter Menschen legt, bedeutet dies, Feuerbrände an die Schwänze von Füchsen zu binden und sie auf das reife Korn loszulassen: es bedeutet, Simson die Augen auszustechen und seine Arme um die Stützen des nationalen Wohles zu legen».

Steigen die Unterschiede in den Verhältnissen, so macht es das allgemeine Leiden einfach, die Quelle der Macht zu ergreifen. Um so grösser der Machtanteil in den Händen derjenigen ist, die – gefoltert durch Verlangen und vergewaltigt durch die Armut – bereit sind, ihre Situation an den höchsten Anbieter zu verkaufen. Sie folgen der Führung des grössten Demagogen. Diejenigen, die - verbittert durch die Härte des Lebens - sich vielleicht sogar eine liederliche und tyrannische Regierung wünschen. Wir können uns vorstellen, welche Befriedigung die Proletarier und Sklaven Roms gespürt haben, als sie einen Caligula oder Nero sahen, wie er inmitten der reichen Patrizier wütete.

Die Formen sind nichts, wenn der Inhalt verloren ging. Die Spielregeln der demokratischen Regierung sind von solcher Gestalt, dass die Substanz der Freiheit am einfachsten verschwinden kann. Extreme treffen aufeinander. Wo die Regierung durch das «allgemeine Leiden» und die «theoretische Gleichheit» gestellt wird, können Situationen, die nach einer Veränderung verlangen, sehr schnell in Despotismus enden. Denn der Despotismus schreitet dort im Namen des Volkes voran.

...

Die ungleiche Verteilung des Wohlstandes korrumpiert die Regierung. «Eine korrupte demokratische Regierung wird letztlich das Volk korrumpieren. Wenn die Menschen korrupt werden, gibt es keine Auferstehung.»

....

Zum Autor

Bruno Heilig, ein österreichischer Journalist, emigrierte 1938 nach England, als Hitler Österreich ins Reich «heimführte». Heilig hatte 30 Jahre als Verleger und Auslandskorrespondent für führende Zeitungen in Österreich, in Deutschland, auf dem Balkan und in Ungarn gearbeitet. Bis 1934 lebte er in Berlin. Zuerst arbeitete er bei der «Vossischen Zeitung», später als Korrespondent beim «Wiener Tag» und der «Prager Presse».

Bis kurz vor Kriegsausbruch war er in Wien beschäftigt als Redaktionsleiter und Auslandsherausgeber des «Wiener Tag» und der einflussreichen Montags-Zeitung «Der Morgen». Somit hatte er doppelte Gelegenheit, die Entwicklung einer modernen Diktatur zu beobachten. Persönlichen Kontakt mit dem Nazi-Regime machte er während seiner 13 Monate langen Gefangenschaft in den Konzentrationslagern Dachau und Buchenwald. Sein Leben dort beschrieb er in seinem Buch: *Men Crucified* (Gekreuzigte Menschheit)

«Nur wer nicht weiss, kann glauben.»

Bruno Jonas, Kabarettist

«Der effiziente und wettbewerbsfähige Staat bedient sich der simplen Bodenwertsteuer. **Die Abschöpfung des jeweiligen Standortwertes**, welcher die Verfügbarkeit eines Standortes in einer Stadt (bestehend aus Gütern und Dienstleistungen) ausdrückt, welche unter Skalenerträgen produziert und für die effiziente Zuteilung die marginalen Kosten verrechnet, **wird unter Wettbewerbsbedingungen gerade genug sein, der Gemeinde die nötigen Mittel für ihre Aufgaben zu verschaffen.**»

[William Vickrey](#), Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften, 1996

"Es stimmt, dass das Landmonopol nicht das einzige Monopol ist, das existiert, aber es ist bei weitem das grösste aller Monopole – es ist ein immerwährendes Monopol und es ist die Mutter aller andern Monopolformen. Ich habe am Laufmeter Reden über die Bodenrentenbesteuerung gehalten, und Sie wissen, was für ein Unterstützer dieser Politik ich bin.»

Winston Churchill, 1907

«Damit Gerechtigkeit zwischen den Menschen besteht, braucht der Staat keine Steuern auf Arbeits- oder Kapitaleinkommen zu legen. Er braucht auch nicht das Land zu konfiszieren. Es ist einzig nötig, die jährlich anfallende Bodenrente einzuziehen.»

Henry George, Ökonom und Philosoph, 1897

«Die Bodenwertsteuer ist die beste aller Steuern.»

Milton Friedmann, Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften, 1976/77

Die Ordoliberalen und Die Linken

Im Text 76.3 „War Ludwig Erhard ein Freiwirt?“ bin ich ja schon auf das Zusammenwirken der Ordoliberalen und der Freiwirte eingegangen. Weiter oben habe ich schon meine Einschätzung der Ordnungspolitik beschrieben. Die Ordoliberalen (Neoliberalen erster Prägung / Freiburger Schule) haben sich besonders um die marktwirtschaftliche Ordnung gekümmert und bemühen sich weiter um den gedanklichen Ausbau und die Sicherung dieser Ordnung. Wie die Mitarbeiter des Walter-Eucken-Instituts (eine Arbeitsstätte der Ordoliberalen) sich selber sehen, überprüft man am besten auf deren Homepage und ihren gängigen Veröffentlichungen. www.walter-eucken-institut.de

Anlässlich eines Familienbesuches in Gundelfingen habe ich am 26. November 09 dem Walter-Eucken-Institut einen Besuch abgestattet und hatte ein gutes Gespräch mit Institutsmitarbeiter Ekkehard Köhler, der über ein Währungsthema promoviert, gehabt. Am Abend war ich dann in einer Vortragsveranstaltung, die das Walter-Eucken-Institut zusammen mit dem Arnold-Bergstraesser-Institut und der Stiftung Entwicklung-Zusammenarbeit Baden-Württemberg in der Universität Freiburg durchgeführt hat. Siehe die Bilder über nachfolgenden Link:

<http://www.walter-eucken-institut.de/veranstaltungen/veranstaltungen-des-jahres-2009/dr-lij-asfa-wossen-asserate.html>

Der Referent war Dr. Lij Asfa-Wossen Asserate . Siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Asfa-Wossen_Asserate Sein Thema war „Die Soziale Marktwirtschaft: Ein Modell für Afrika?“ Es war ein sehr informativer und interessanter Vortrag. Die einzige Schwäche des Vortrages, die ich empfunden habe, war der Umstand, daß nicht ganz klar wurde, ob der Referent mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ das heute real existierende System meinte oder das ursprüngliche Modell. In jedem Fall lohnt es sich, Dr. Asfa-Wossen Asserate weiterhin die Aufmerksamkeit zu schenken.

So nützlich und wichtig ich den ordoliberalen Ansatz zur Klärung unserer Ökonomie halte, so verfehlt er doch seinen selbstgestellten Auftrag, wenn er die Arbeitsschwerpunkte der Freiwirtschaft, die Währungsverfassung, das Boden- und Patentrecht (und die Verfassungen des Bildungssystems und des sozialen Sicherungsnetzes) außen vor läßt. Aus meiner Sicht ist der Ordoliberalismus ohne Freiwirtschaft ein Tiger ohne Zähne. Es ist daher voll berechtigt, wenn Fritz Andres in der Einführung des Heftes 277/278 der *Fragen der Freiheit* mit dem Haupttitel „Keine private Macht in einer freien Gesellschaft“ den Untertitel wählt: „Die Geldreform vollendet den Ordoliberalismus – Wiederaufnahme eines abgebrochenen Dialogs -“. Zugang zur Quelle siehe unter: www.sffo.de

Nach dem neuerlichen weltweiten ökonomischen Desaster, daß fälschlicher Weise der Markt-

wirtschaft und nicht dem Kapitalismus zugeordnet wird, hat die Neigung zu zentralverwaltungswirtschaftlichen Lösungen wieder stark zugenommen. Leute, die sich für die Marktwirtschaft und nicht für den Kapitalismus einsetzen, haben also allen Grund, sich gegenseitig zu unterstützen.

Am Samstag, den 5. 12. 09 fand in Hannover eine Podiumsdiskussion der LAG Wirtschaft der Linken Niedersachsen statt. Das Thema lautete: „Suche nach dem Weg aus der Krise: Marktwirtschaft ohne Kapitalismus? / Sozialismus ohne Planwirtschaft?“

Es diskutierten lt. Ankündigung:

Prof. Dirk Löhr, Mitherausgeber der „Zeitschrift für Sozialökonomie“
http://de.wikipedia.org/wiki/Dirk_L%C3%B6hr

Andreas Bangemann, Chefredakteur Humane Wirtschaft www.humane-wirtschaft.de

Prof. Herbert Schui <http://www.herbert-schui.de/>

Wilfried Kurtzke, IG Metall Vorstand

Moderation: Giesela Brandes-Steggewentz <http://www.dielinke-nds.de>

Das Besondere an dieser Veranstaltung ist sicherlich, daß sie überhaupt zu Stande kam. Das liegt sicher mit daran, daß sowohl der Begriff „Linke“ als Parteiname, wie auch als Personenbezeichnung für eine politische Position nicht eindeutig ist, der Marxismus und auch nicht der Keynesianismus nicht mehr so eindeutig in „linken“ Köpfen verankert ist und es Mitglieder der Linken - wie auch in den anderen Parteien – gibt, die sich an der Freiwirtschaft orientieren. Es ist schon ein Erfolg, wenn bei einer solchen Veranstaltung nicht sogenannte Antifaschisten auftreten und erklären, daß die Freiwirtschaftler schon deshalb Faschisten seien, weil sie die Marktwirtschaft vertreten. Als negativ zu bezeichnen ist, daß die Zahl der Mitglieder der Linken zu gering war. Entweder wurde der Podiumsdiskussion keine Bedeutung zugemessen oder sie wurde boykottiert. Inhaltlich sind ökonomische Aussagen ohne Schaubilder und entsprechendes Vorverständnis nur schwer zu vermitteln. Prof. Schui, der an der Universität für Wirtschaft und Politik in Hamburg¹ und heute für die Linke im Bundestag sitzt, ist ein netter alter Herr,² aber zu einem wirklichen Dialog mit den freiwirtschaftlichen Referenten war er offensichtlich nicht in der Lage. Über seine spöttelnden Bemerkungen über Wilhelm Röpke und andere Ordoliberalen, gab er kund, daß er deren Denkansatz überhaupt nicht verstanden hat. Auch träumt Schui noch davon, über eine stärkere Kartellisierung der Arbeitneh-

1 Diese Universität wurde einst als Akademie für Gemeinwirtschaft gegründet, wurde danach die Akademie für Wirtschaft und Politik, dann die Hochschule für Politik und ist jetzt in die Universität Hamburg aufgegangen. Ich habe diese Institution im Stadium der AWP absolviert.

2 Ich stellte heute fest, daß Prof. Schui sechs Jahre jünger ist, als ich es bin.

mer den Kapitalismus umbiegen zu können.

Ich habe zum Schluß der Veranstaltung darauf hingewiesen und sinngemäß gesagt, daß die Grünen in der Anfangszeit ihrer Existenz ein Seminar zu den freiwirtschaftlichen Kernaussagen mit den Professoren Elmar Altvater, Wilhelm Hankel, und Dieter Suhr³, sowie mit dem Autor Helmut Creutz durchgeführt hätten, dann aber diesen Ansatz nicht mehr verfolgt hätten und sich dadurch selber überflüssig gemacht hätten. (Die Tagung fand unter dem Titel "Geldordnung und Wirtschaftsprozesse" am 28. u. 29.1.1984 in Hannover auf Veranlassung von grünen Mitgliedern des Bundestages statt.⁴) Die Linken müßten also aufpassen, daß nicht durch die Mißachtung, dessen, was vorgetragen wurde, von einer weiteren Parteigründung auf die Plätze verwiesen würden.

Medien Fragen, wohin fließt der Zins

Journalisten, die ja die Wachhunde der Demokratie sein sollten – wenigstens auch -, müßten immer eine Distanz zu den Politikern haben. Aber per Distanz bekommt man keine Informationen aus erster Quelle. Um sicher aber den Zugang zur Quelle zu bewahren, dürfen sie nicht schonungslos berichten. Außerdem operieren die Journalisten in einem vermachteten Markt und müssen sich in einer unsicheren Lage der Deutung der Ereignisse gegenseitig versichern, was eine gute und begehrte Nachricht ist. Wenn es dann um die Ökonomie geht, haben sie noch das Problem, daß ihr im Studium eingebauter Wahrnehmungsfilter ihnen nicht erlaubt, die Welt so wahrzunehmen wie sie ist. Sie stecken selber in eine Ideologiefalle, wenn sie über ideologisch motivierte Ereignisse berichten sollen. Die Aktivisten, die an dem Thema Natürliche Wirtschaftsordnung (Hauptwerk von Gesell) arbeiten, mußten also Jahrzehnte lang warten, bis in den Medien die Frage gestellt wurde, wohin fließen eigentlich die Zinsen, die gut 30% des Nettoeinkommens der Bürger ausmachen?

3 Dieter Suhr war Prof. für Öffentl. Recht, Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik, daneben war er Verfassungsrichter. Bei der Rettung einer Tochter verunglückte er am 28. 8. 1990 tödlich.

4 Auf der Suche, wann die genannte Tagung stattgefunden hat, stieß ich auf nachfolgenden Text von Klaus Schmitt, der vor mir die Akademie für Wirtschaft und Politik absolviert hat. Entnommen aus „Silvio Gesell „Marx“ der Anarchisten?“, 1989, S. 59.

Das Witzige für mich ist daran, daß der angeführte Gesprächsteilnehmer Andreas Bangemann der Neffe von dem gescholtenen Bangemann ist und der genannte Prof. Hummel neben Prof. Bruno Molitor mein Prof. für VWL war und er mir hinter der vorgehaltenen Hand, also nicht offen, gestand, daß er bei Gesell viel über Geld und Kredit gelernt hätte. Es folgt Klaus Schmitt:

> Ist den herrschenden „Realpolitikern Bangemann & Co. und den etablierten Wirtschaftswissenschaftlern" die Exponentialfunktion unbekannt? Was sie fordern ist jedenfalls irrationaler Unfug, schlechte Wirtschaftsutopie, führt zu kollektivem Selbstmord und scheint nur zu bestätigen, was der alte Professor Hummel von der Hamburger Akademie für Wirtschaft und Politik immer wieder seinen staunenden Studenten versicherte: „Sie glauben gar nicht, mit welcher Dummheit die Welt regiert wird!“ <

Das ARD-Fernsehen brachte in der Sendung plusminus folgenden Beitrag:

SR, Dienstag, 1. Dezember 2009 im Ersten

Ein Beitrag von Armgard Müller-Adams

Konjunkturpakete und den Rettungsschirm für Banken leiht sich der Staat selbst bei verschiedenen Banken. Die Steuerzahler müssen für diese Rekordschulden gerade stehen. Doch wenn sie wissen wollen, bei wem der Staat tatsächlich in der Kreide steht, gibt sich die Politik schweigsam.

Wo hat der Staat eigentlich all seine Schulden?

Diese Frage stellen wir der Bundesbank zunächst telefonisch. Nach einer ersten Verblüffung gibt es ein bisschen Rumgedruckse und dann heißt es: Es gebe da so eine Liste... man werde sich wieder melden. Der Rückruf bleibt jedoch aus. Auch weitere Anrufe ergeben keine eindeutige Antwort. Erst auf eine schriftliche Anfrage per Mail bekommen wir eine spärliche Auskunft. Aber dazu später.

Die Gläubiger des Staates: die Bürger

Das zögerliche Verhalten der Bundesbanker erstaunt unsere Redaktion. Denn eigentlich ist die Sache ganz simpel: Bund und Länder verschulden sich in erster Linie, indem sie Anleihen verkaufen. Deshalb heißen diese Schuldverschreibungen auch „Staatsanleihen“. Gekauft werden können sie von Bürgern oder Unternehmen aus dem In- und Ausland. Manche kaufen die Anleihen direkt beim Staat, meistens sind aber Banken dazwischengeschaltet. Die Bürger leihen dem Staat also Geld – und erhalten als Belohnung Zinsen. Und auch die Banken verdienen an diesen Geschäften mit.

Können wir das noch bezahlen?

Wir von *Plusminus* wollen es jedoch genauer wissen: Können wir die Schulden überhaupt noch jemals tilgen? Der Wirtschaftsweise Peter Bofinger erklärt uns dazu: Staaten bauten in der Regel ihren Schuldenstand nicht ab, „(...)weil sie, wenn die Kredite fällig werden, wieder neue aufnehmen.“ Das heißt: Wenn ein Staat ein gutes Bruttoinlandsprodukt vorweisen und dieses auch noch steigern kann, dann kann er seinen Verpflichtungen gut nachkommen und die Gläubiger gehen nicht leer aus. Man könnte auch sagen: Die Bonität des Staates ist in einem solchen Fall positiv, und daher kann er sich weiter verschulden. Deutschland ist im Vergleich zu anderen europäischen Staaten tatsächlich noch relativ gering verschuldet.

Haben Schulden auch Vorteile?

Aber warum müssen Schulden – noch dazu Staatsschulden – überhaupt sein? Darauf hat Heiner Flassbeck, Makroökonom bei der UNO in Genf, eine

Antwort. Er erklärt den ökonomischen Zusammenhang folgendermaßen:
„Solange die Bürger sparen, muss sich auch jemand verschulden.“ Das heißt:
Wer mit seinem Ersparten Geld, das heißt Zinsen verdienen will, braucht auf
der anderen Seite auch jemanden, der sich für diese Zinsen das Geld leiht.

Das könne im Idealfall ein privater Investor wie eine Bank oder ein
Unternehmen sein, der das Geld produktiv anlege. Es könne aber auch der
Staat sein. Und wenn private Investoren sich zurückhielten – wie
gegenwärtig – dann müsse in der Tat der Staat die Guthaben und das
Ersparte der Bürger aufnehmen und es produktiv anlegen – sich also
verschulden, sagt Flassbeck.

Zins und Zinseszins

Doch diese Schulden bedeuten auch, dass auf der Gegenseite – also bei den
Geldgebern – das Guthaben wächst. Der Wirtschaftswissenschaftler
Professor Bernd Senf betrachtet das System aus Zins und Zinseszins jedoch
ganz anders als die meisten seiner Fachkollegen. Seine feste Überzeugung
ist: Das System müsse zwangsläufig immer wieder zusammenbrechen: *„Die
Geldvermögen, gesamtwirtschaftlich betrachtet, die können über Zins und
Zinseszins nur dann exponentiell wachsen, wenn irgendwo anders im
Gesamtsystem die Verschuldung auch exponentiell wächst.“*

Wer sind die Gewinner?

Sind wir am Ende selbst Schuld an der hohen Staatsverschuldung, weil wir
sichere Zinsen auf unsere Guthaben haben wollen? Aber Steuern zahlen wir
ja auch, an den Staat, damit der seine Schulden begleichen kann. Das hebt
den Gewinn durch die Zinsen auf die Spargroschen wieder auf – im besten
Falle ein Nullsummenspiel also? Nein, sagt Prof. Senf. 85 bis 90 Prozent der
Bürger zahlten netto drauf, ohne dass ihnen das bewusst sei oder dies
politisch öffentlich zum Thema gemacht werde.

Aber es gebe auch Gewinner. *„Ungefähr zehn Prozent der
Einkommensbezieher haben auf Grund ihrer großen Geldvermögen auch so
hohe Zinserträge, dass diese ihre unsichtbaren Zinslasten in den Steuern
mehr oder weniger weit übersteigen“,* sagt Senf.

Was verdienen die Banken?

Und die Banken? Was haben sie von der Verschuldung des Staates? Sie
profitieren zum Teil sogar von der Krise, die sie selbst mit verursacht haben.
*„Die Banken werden auf der einen Seite vom Staat – den Zentralbanken –
hoch subventioniert. Sie bekommen liquide Mittel von den Zentralbanken zu
niedrigen Zinsen – in Europa zur Zeit für ein Prozent – und damit kaufen sie
Staatsanleihen und mit denen erzielen sie vier Prozent“,* sagt Chefvolkswirt
Heiner Flassbeck. Das sei ein schönes Geschäft für die Banken.

„Rekapitalisierung“ nennen Banker dieses Prinzip. Aber die Banken gingen
mit dem so gewonnenen Geld *„(...) in die Casinos. Das ist im Moment das
große Problem. Wir haben wieder neue spekulative Blasen an den*

Aktienmärkten, an den Rohstoffmärkten, an den Währungsmärkten und das zeigt, dass der Staat in Sachen Regulierung der Finanzmärkte noch nicht weit gekommen ist“, kritisiert Flassbeck.

Staatsgeheimnis Staatsschulden

In der **Plusminus**-Redaktion liegt inzwischen die schriftliche Antwort der Bundesbank vor: ein Verweis auf eine Tabelle, die wir bereits kennen. Was nicht drin steht: bei welchen Banken oder Unternehmen wir konkret als Staat in der Kreide stehen. Ein letzter Anruf bei den Bundesbankern ergibt: das sei Geschäftsgeheimnis und dürfe nicht veröffentlicht werden. Selbst der Wirtschaftsweiser Bofinger kennt keine Namen: „*Wir können zwar bei einzelnen Banken sehen, dass sie Wertpapiere halten, auch öffentliche Wertpapiere, aber man kann nicht differenzieren, ob das Anleihen des Bundes sind oder Anleihen bei Frankreich oder Griechenland oder anderen Ländern.*“

Fazit

Eines ist sicher: Für die Schulden gerade stehen, das tun letztlich wir Bürger. Solange wir über genügend Vermögen verfügen und ein ordentliches Bruttoinlandsprodukt erwirtschaften, bleibt der Staat kreditwürdig. Und kann so weitere Schulden aufnehmen.

oooooo

Es folgte ein weiterer Beitrag in der ARD-Sendung Börse:

02.12.2009 15:32

1,6 Billionen Staatsschulden – Refinanzierung für Fortgeschrittene von Angela Göpfert

Die umfangreichen Notmaßnahmen in der Finanz- und Wirtschaftskrise haben tiefe Löcher in den Bundeshaushalt gerissen. Nun will die Regierung die Wirtschaft mit noch mehr Schulden ankurbeln. Doch wie besorgt sich der Staat eigentlich die immer neuen Milliarden und Abermilliarden Euro?

Ein Anruf genügt.

http://www.boerse.ard.de/content.jsp?key=dokument_399096

Die Frage ist, ob jetzt wieder eine Sendepause sagen wir von 10 Jahren eintritt, nicht aus Desinteresse, sondern auf Druck, denn die gestellten Fragen stellt man nicht ungestraft. Mit Professor Senf konnte sich jedenfalls einer im größeren Sender äußern, der offen, aber nicht gläubig die Freiwirtschaft vertritt. <http://www.berndsenf.de/MenuZinsproblematik.htm>

Der Name Heiner Flassbeck, ist 12.12.1950 geboren in Birkenfeld/Nahe, *seit August 2003 Director, Division on Globalization and Development Strategies* und wurde im März 2005 Erzum Honorar-Professor an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik ernannt.

<http://www.flassbeck.de/index.html>

<http://www.youtube.com/watch?v=wmh-GPwYiuY&NR=1>

Über sein neues Buch schreibt er:

Mitte März erscheint mein neues Buch, in dem ich anhand der wichtigsten wirtschaftspolitischen Ereignisse der letzten 30 Jahre zeige, warum und wie die Wirtschaftspolitik in Deutschland so kläglich versagt. "Gescheitert", so der Titel des Buches, das wieder im Westend Verlag erscheint, ist nicht nur die deutsche Vereinigung, gescheitert sind auch der europäische Integrationsprozess und die Globalisierung der Finanzmärkte. Gescheitert ist die Reform des Arbeitsmarktes und der Rentenversicherung. In der grössten wirtschaftlichen Krise seit der Grossen Depression zu Anfang des letzten Jahrhunderts, ist es Zeit zu fragen, warum die deutsche Wirtschaftspolitik - mehr noch als andere - nicht in der Lage ist, mit den wirtschaftlichen Herausforderungen angemessen umzugehen. Basierend auf meiner eigenen Erfahrung mit fast allen entscheidenden wirtschaftspolitischen Institutionen in Deutschland, erläutere ich, wie der Verlust des gesamtwirtschaftlichen Denkens und die Dominanz einzelwirtschaftlicher unternehmerischer Logik zu diesem verheerenden Ergebnis geführt haben. "Gescheitert" ist meine persönliche Abrechnung, gespickt auch mit persönlichen Erlebnissen, mit der "wirtschaftsfreundlichen" Politik des Neoliberalismus, die die Wirtschaft an den Rand des Abgrunds geführt hat.

<http://www.flassbeck.de/index.html>

Zitate zum Be- und Nachdenken

Der "Bildungsauftrag" der Akademie für Gemeinwirtschaft, an dem sich auch noch manche Dozenten der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik orientierten, wurde 1958 auf der Zehnjahresfeier der AfG von Heinz-Dietrich Ortlieb so formuliert: "Bildung liegt in der Erziehung zu sachlicher Haltung, zur kritischen Urteilsfähigkeit, zur Fähigkeit, sich gleicherweise in einen Stoff vertiefen und von ihm distanzieren zu können, sich bewusst zu werden, auf welchen Voraussetzungen ein Urteil beruht und unter welchen es allein Gültigkeit haben kann, und vor allem: Bildung gilt als geknüpft an die Fähigkeit, sich liebgewordener, aber fragwürdiger Voreingenommenheiten zu enthalten."

http://de.wikipedia.org/wiki/Hamburger_Universit%C3%A4t_f%C3%BCr_Wirtschaft_und_Politik

Ob das alle Studenten, Absolventen und Dozenten der Hochschulen realisiert haben? Die nachfolgenden Zitate wurden von einem Teilnehmer einer E-Mail-Liste mit dem Link <http://www.erlkoenig-blog.de/zitate-ii/zitate-i> vermittelt:

Die Wahrheit ist selten kompliziert, meist ist nur der Betrachter verwirrt (was selten ein Zufall ist) oder intellektuell nicht in der Lage, sie zu erkennen. Wobei zwischen Intelligenz und Bildungsstand oder der Aneignung von Wissen kein kausaler Zusammenhang besteht! Oft, wenn nicht sogar meistens, verzapfen gebildete, mit Wissen förmlich vollgestopfte Menschen den größten denkbaren Mist.
Antoine de Saint-Exupéry

Das obige Zitat von de Saint-Exupéry hat in der Auswahl mein besonderes Gefallen gefunden, weil ich schon tagelang mit der Frage rumlaufe, daß es manchen klugen und belesenen Menschen so schwer fällt, einen Sachverhalt so klar zu formulieren, daß er auch verstanden werden kann. Ich folgerte: Klugheit kann dumm oder verwirrt machen!

“Es ist nicht der Zweck des Staates, die Menschen aus vernünftigen Wesen zu Tieren oder Automaten zu machen, sondern vielmehr zu bewirken, dass ihr Geist und ihr Körper ungefährdet seine Kräfte entfalten kann, dass sie selbst frei ihre Vernunft gebrauchen, und dass sie nicht mit Zorn, Hass und Hinterlist sich bekämpfen, noch feindselig gegeneinander gesinnt sind. Der Zweck des Staates ist in Wahrheit die Freiheit.”

Baruch de Spinoza

de Spinoza spricht, so glaube ich, wohl die Linken, die Rechten und die Mittelmäßigen an.

„Herr Bundeskanzler, wie erklären Sie sich“ – fragte Galbraith – „Österreichs hervorragende wirtschaftliche Lage in der Nachkriegszeit: niedrige Inflation, Vollbeschäftigung, stetig wachsende Produktivität, ein dichtes und umfassendes System sozialer Sicherung und öffentlicher Investitionen?“

Worauf Kreisky erwiderte:

„Ich erkläre mir das damit, dass wir dem Export viel Beachtung schenkten. Wir haben alle unsere Wirtschaftswissenschaftler exportiert.“

Bruno Kreisky im Gespräch mit John K. Galbraith

Eine „gute“ Einschätzung des Berufsstandes der Ökonomen. Dazu paßt:

Volker Pispers

BWL Studenten - Die Gezüchteten Zahnrädchen Der Elite

<http://www.youtube.com/watch?v=teHe-GRoyrY&feature=related>

Ich habe das Spiel wegen des Geldes mitgemacht. Die Low-Hanging Fruits – sprich: die Idioten, deren Eltern für Yale und den Harvard-MBA blechen – warteten nur darauf, gepflückt zu werden. Diese Leute waren (häufig) wirklich die Ausbildung nicht wert, die sie (angeblich) erhalten haben, aber sie stiegen trotzdem in Unternehmen wie AIG, Bear Stearns und Lehman Brothers sowie in alle Ebenen unserer Regierung auf. Dieses die Aristokratie stützende Verhalten machte es mir letztlich nur einfacher, Leute zu finden, die dumm genug waren, meine Verluste auszugleichen. Gott segne Amerika.

Andrew Lhade ein Hedgefondmanager, der sich 2008 zurückzog und einen Abschiedsbrief veröffentlichte

Ein Plädoyer für die Auflösung der sozialwissenschaftlichen Fakultäten?

Rätselhaftes oder Merkwürdiges

Die erste Voraussetzung für eine Wissenschaft - so habe ich mehrfach gehört und gelesen – ist die Fähigkeit, Fragen zu stellen. Sind in den Sozialwissenschaften überwiegend Menschen zu wissenschaftlichen Ehren gekommen, die nicht fragen können, warum ihre Prognosen nicht stimmen, ihre Modelle die Wirklichkeit nicht erklären, die Probleme sich durch ihre Lehrtätigkeit nicht verringern, sondern vermehren? ⁵

Die Freiwirtschaftslehre ist eine weltoffene Freiheitslehre, die allen Menschen ohne Unterscheidung nach Geschlecht, Rasse oder Nation zugetan ist. Warum von überwiegend sich links verstehenden Zeitgenossen versucht wird, sie nicht mit Sachargumenten zu kritisieren, sondern mit Verdrehungen und Verleumdungen in den politischen Dreck zu ziehen ist die Frage ohne eindeutige Antwort. Ist da bezahlte Desinformation am Werk oder handeln die Akteure aus ideologischer Eifersüchtelei?

Es ergibt sich ein Kontakt zwischen einer Vertreterin oder einem Vertreter der Freiwirtschaft und einer Person oder Institution. Beide Seiten sind erfreut über die Begegnung und freuen sich auf einen weiteren bereichernden Kontakt. Dann merkt man plötzlich, da läuft nichts mehr, da ist eine Blockade. Zu vermuten ist dann, daß wieder hinter den Kulissen ein Dritter interveniert hat. Für einen Assistenten oder Dozenten genügt in der heutigen Lage schon der Hinweis, daß er sich seine Karriere verbaue, wenn er sich auf die Freiwirtschaft einlasse. Ist die Zivilcourage, das Vertrauen auf das eigene Urteil, die Angst vor Nachteilen so groß, daß die notwendige Neugierde als Voraussetzung zur Erlangung neuer Ufer gleich abstirbt.

Mir ging die Belastungen der Menschen der Weimarer Zeit durch den Kopf, die zum Dammbruch gegen die Flut des Nationalsozialismus geführt haben. Ich denke bei den heutigen Generationen braucht es nur halb so viel Druck, um sie zum einknicken zu bringen. Ich vermute, daß Institutionen, die heute als der demokratische Fels in der Brandung der Zeitläufe gesehen werden, sich bei der Beibehaltung der jetzigen Politik sich bei den dann unvermeidbaren Sturm als Sandhaufen erweisen, die nur so weg gespült werden.

5 Neulich las ich einen Leserbrief von einem Menschen im letzten Lebensdrittel, der sagte: Ich habe Ökonomie studiert und dieses Studium hilft mir nicht die ökonomischen Vorgänge zu verstehen.

Zum Schluß Mitteilungen aus dem elektronischen Briefkasten (9.12. 09)

Liebe Ökonomen,

heute bin ich in einem Blog über eine schöne, kommentierte Sammlung zu Artikeln gestoßen, die sich mit den Ansprüchen der Volkswirtschaftslehre beschäftigen.

Das verlinke ich gerne, nicht ohne den Hinweis, dass die Ausgabe 1-2010 der HUMANEN WIRTSCHAFT in dieser Beziehung einen weiteren "Meilenstein" zu bieten haben wird. Prof. Jürgen Kremer setzt sich dabei mit der Theorie des Unternehmens auseinander und hat dabei eigentlich nicht für möglich zu haltende Fehler in den Standardwerken des an den Unis gelehrtens Stoffes entdeckt. Neues entsteht als Weiterentwicklung aus Bewährtem und Gewohntem oder es entsteht, weil das Alte zerstört wird. Letzteres scheint sich als Schicksal der Wirtschaftswissenschaften anzudeuten. Dabei gibt es garantiert viel Gutes in den Lehrbüchern, doch zu dessen Schutz müsste man sich jetzt zu seinen Fehlern bekennen und die entsprechenden Schlüsse ziehen.

Hier ist der Blogeintrag zu finden: <http://konsumpf.de/?p=1554>

und die nächste HUMANE WIRTSCHAFT gibt es im Abo hier:
http://www.humane-wirtschaft.de/htm_z/probe1.htm
oder am Bahnhofskiosk Ihres Vertrauens.

Herzliche Grüße
Andreas Bangemann

oooooooo

Liebe Listenleser,

dank der schnellen Reaktion von Wolfgang Roehrig sind die Japan-Dateien meiner alten Homepage inzwischen auf geldreform.de zugänglich:

<http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/mittelstaedt/japan-money/index.htm>

Die Dateien über Tauschringe in Japan sind leider schon relativ alt und könnten eine Aktualisierung vertragen, insbesondere auch das WAT-System, das seit einigen Jahren auch in digitaler Form über das Internet angewandt werden kann.

Aktuell geblieben oder erst richtig aktuell geworden seit der Finanzkrise ist dafür der Aufsatz von Eiichi Morino über den japanischen Naturphilosophen Miura Baien "KAGEN - die Grundlagen des Preises"!

Grüsse an alle
Robert Mittelstaedt
oooooooooooooooo

TA